Tages-Anzeiger WISSEN

Unsere Universität ist zu hierarchisch

Von Caspar Hirschi. Aktualisiert am 28.04.2011 **11 Kommentare**

Wenig Lohn und Sicherheit – die Perspektive für junge Forschende muss attraktiver werden.



Reformen sind dringen nötig: Karikatur von Schaad.

Artikel zum Thema

Universität Zürich in Plagiatsaffäre verwickelt
Cambridge läuft Oxford den Rang ab
Schnüffeleien und Intrigen: Die Uni schikanierte einen Forscher

Stichworte

Universität Zürich
ETH Zürich

2008 veröffentlichte das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin eine Studie zur «Attraktivität von Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft im internationalen Vergleich». Die USA, Kanada, Japan, Schweden und die Schweiz wurden untersucht. Von dieser Auswahl versprachen sich die Autoren Rückschlüsse auf eine attraktivere Gestaltung der deutschen Universitätsstrukturen.

Auf die Betrachtung der Schweiz hätten sie verzichten können. Während die Autoren in den USA und in Kanada «strukturierte Karrierewege» und «planbare Perspektiven» für junge Forschende vorfanden und in Schweden und Japan Reformerfolge bei der Einrichtung

ähnlicher Strukturen feststellten, lautete das Fazit zur Schweiz: Eine akademische Karriere sei «hier besonders unsicher» und «nicht attraktiv für Wissenschaftler/innen», die ein Interesse an «berufsbiografischer Planbarkeit» hätten.

Reformerisches Stückwerk

Kenner der Schweizer Universitätslandschaft dürfte dieses Ergebnis nicht überraschen. Seit Jahrzehnten wird die lange Unmündigkeit, geringe Sicherheit und einseitige Abhängigkeit junger Forschender an Schweizer Universitäten kritisiert, und seit Jahrzehnten geloben Hochschulpolitiker und Universitätsrektoren baldige Besserung. Bis jetzt ist davon wenig zu spüren, am wenigsten in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Der Grund für die ausbleibenden Reformen liegt nicht darin, dass nichts versucht worden wäre. Vor allem der Nationalfonds hat sich mit verschiedenen Massnahmen und teils gegen den Widerstand der Universitäten für eine attraktivere Karrieregestaltung eingesetzt. Verantwortlich sind andere Faktoren.

Einer ist, dass in der Schweizer Hochschulpolitik gerne A, aber ungern B gesagt wird. Man deklariert etwa die Habilitation als überflüssige Qualifikationshürde, schafft sie aber nicht ab, sodass in den konservativen Fächern der Geistes- und Sozialwissenschaften alles beim Alten bleibt. Man richtet ein paar Assistenz- und Förderprofessuren ein, stattet aber nur wenige mit einer Festanstellungsoption aus, was einer Fortsetzung der Unsicherheit mit anderen Mitteln gleichkommt. Oder man beschliesst mit Bologna eine massive Verschulung des Studiums, ohne eine entsprechende Umstrukturierung und Aufstockung des Lehrkörpers vorzunehmen. Niemand hat es bislang gewagt, den Hebel dort anzusetzen, wo – vor allem in der Deutschschweiz – das Hauptproblem liegt: beim Auslaufmodell der «germanischen» Ordinarienuniversität. Kennzeichen dieses Hochschultyps ist eine kleine Zahl unbefristeter Forschungsstellen, die meisten davon auf der professoralen Hierarchiestufe, während die grosse Mehrheit des Forschungspersonals befristet angestellt und einem Lehrstuhlinhaber unterstellt ist.

Professorale Fürstentümer

Schweizer Universitäten bestehen damit, anders als britische, nordamerikanische und skandinavische, aus professoralen Kleinfürstentümern, deren Macht darauf beruht, dass die übrigen Forschenden lange im Ungewissen belassen werden, ob aus ihrer akademischen Karriere etwas wird oder nicht. Diese Strukturen fördern die Ausbeutung und hemmen die Originalität junger Wissenschaftler.

Während die Hierarchien in den letzten Jahren im Wesentlichen gleich geblieben sind, hat bei der Rekrutierung von jungen Forschenden ein markanter Wandel stattgefunden. Durch fast alle Disziplinen hindurch gelingt es immer weniger, wissenschaftliche Talente aus den Reihen der eigenen Studierenden zu gewinnen. Mittlerweile forschen an Schweizer Universitäten so wenige einheimische Doktoranden und Postdoktoranden wie in keinem anderen westlichen Land – Tendenz weiterhin sinkend. Nun insistieren Hochschulpolitiker zu Recht, dass Schweizer Universitäten nicht daran gemessen werden dürfen, wie viele Eidgenossen von ihnen gefördert werden. Würden sie es, widerspräche dies dem Ideal der wissenschaftlichen Meritokratie. Woran sie aber gemessen werden müssen, ist ihre Fähigkeit, studentische Talente zu einer erfolgreichen

Forscherlaufbahn zu führen. Schliesslich ist das einer der wichtigsten Gradmesser für die Qualität ihrer Lehre. Die Anstrengungen und Erfolge britischer und amerikanischer Spitzenuniversitäten sind hier gewaltig, jene von Schweizer Universitäten oft dürftig.

Gute Möglichkeiten anderswo

Natürlich wäre es unfair, dafür nur die Hochschulen verantwortlich zu machen. Die Schweiz hat einen starken Arbeitsmarkt, der für Naturwissenschaftler, Juristen, Ökonomen und Ingenieure hohe Löhne bezahlt. Für viele Geisteswissenschaftler verspricht der Gymnasiallehrerberuf, was die Universität nicht bieten kann: einen guten Lohn, Sicherheit und Planbarkeit. Der Wert des Doktorats als ausseruniversitäres Karrierekapital ist unter dem Einfluss der amerikanischen Wirtschaftskultur gesunken. Und schliesslich halten manche Hochschullehrer einheimische Studierende zwar für zuverlässig in der Bewältigung von Standardproblemen, aber uninspiriert im Umgang mit neuen Herausforderungen.

Wie stark diese externen Faktoren auch sein mögen, sie sollten von einem nicht ablenken: Viele von ihnen bestehen seit langem, und viele von ihnen bestehen auch in anderen Ländern. Darum dürfen die hausgemachten Ursachen für die relative Unattraktivität der universitären Karriere nicht unterschlagen werden, umso mehr, als gerade sie am leichtesten zu beheben wären.

Der Faktor Deutschland

An erster Stelle zu nennen ist dabei die einseitige Ausrichtung auf den deutschen Wissenschaftsbetrieb. Sie betrifft die Deutschschweizer Universitäten stärker als die Westschweizer und die Sozial-, Rechts- und Geisteswissenschaften stärker als die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Deutsche Universitäten leiden, was die steilen Hierarchien und langen Abhängigkeiten angeht, am gleichen Malaise wie die Schweizer Hochschulen, allerdings mit konträren Folgen: Sie rekrutieren ihren Nachwuchs fast nur aus dem Inland und produzieren einen gewaltigen Überschuss an Wissenschaftlern, der im besten Fall ins Ausland abwandert und im schlechtesten Fall in die Armut absinkt.

Die Schweizer Universitäten haben von dieser Überproduktion reichlich profitiert. Aber nicht nur das: Sie haben, was die Arbeitsbedingungen für junge Forschende angeht, in manchen Fächern eine Nivellierung nach unten betrieben – nach dem Motto: Wenn junge Wissenschaftler in Deutschland unter grosser Unsicherheit und mieser Bezahlung arbeiten, dann können sich Schweizer Universitäten damit begnügen, etwas weniger schlechte Bedingungen zu bieten, und schon haben sie bei jeder Ausschreibung einen Stapel an Bewerbungen aus Deutschland. So werden in vielen Disziplinen unterhalb der Professur Teilzeitstellen ausgeschrieben, gerne zu lediglich fünfzig Prozent, obwohl allen klar ist, dass die eingestellten Personen hundert Prozent und mehr arbeiten müssen, wenn sie auf einen grünen Zweig kommen wollen. Gemäss einer Mittelbaustudie von Actionuni sind in den Geistes- und Sozialwissenschaften mehr als die Hälfte der angestellten Doktoranden auf zusätzliche Einkommensquellen angewiesen. Die Logik des Lohndumpings heisst oft: Man erhält zwei Deutsche für den Preis eines Schweizers. Seit der Bologna-Reform fühlen sich viele Professoren in dieser Praxis noch zusätzlich bestätigt, da sie mit ihr die gestiegenen Lehrbelastungen auf mehr Köpfe verteilen können. Um dieser Dynamik Einhalt zu gebieten,

braucht es nicht nur eine Strukturreform, sondern auch mehr Geld vom Staat und mehr Druck von der Politik.

Das Doktorat ist eine Baustelle

Das Gleiche gilt für die Probleme bei der Förderung von Doktoranden und Postdoktoranden. Beim Doktoratsstudium wird derzeit an manchen Orten die nächste Verschlimmbesserung geprobt, indem man eine Verkürzung der Studiendauer über eine zusätzliche Verschulung erreichen will, und dies unter Beibehaltung der Lehrstuhlpflichten von Assistierenden bis zu sechzig Prozent ihrer Arbeitszeit.

Dass an hiesigen Universitäten die Assistenz noch immer als privilegierter Weg zur Dissertation gilt, ist nicht nur wegen der hohen Belastung durch Lehrstuhldienste bedenklich. Der Doktorvater ist hier Vorgesetzter, Betreuer und Prüfer in einer Person. Es ist schwer vorstellbar, wie Doktoranden stärker ausgeliefert und Prüfer befangener sein können. Nicht umsonst sind an ausländischen Universitäten Doktoranden selten Angestellte ihrer Betreuer und an britischen Universitäten Betreuer von der Thesenverteidigung ausgeschlossen.Auf der Postdoktorandenstufe bietet der Nationalfonds attraktive und kompetitive Stipendien für das In- und Ausland. Woran es aber in den meisten Disziplinen noch mangelt, sind Assistenzprofessuren mit Tenure Track, das heisst einer Festanstellungsoption. Diese braucht es in grosser Zahl, damit die harte Entscheidung für oder wider eine akademische Karriere in einem Alter erfolgt, in dem eine berufliche Umorientierung noch leicht möglich ist.

Mehr Assistenzprofessuren

Der ideale Weg, Assistenzprofessuren in Serie zu schaffen, wäre die Auflösung von Lehrstühlen bei der Emeritierung ihrer Inhaber. Dabei müssten aus einem Lehrstuhl mindestens zwei Assistenzprofessuren hervorgehen, damit die Doktoranden von ihrer nicht dissertationsrelevanten Arbeit entlastet werden könnten. Um sicherzustellen, dass bei der Berufung von Assistenzprofessoren die besten Kandidaten gewählt werden, wäre es vielerorts zudem angezeigt, die Berufungsverfahren transparenter zu gestalten.

Schliesslich wäre ein solcher Strukturwandel die eleganteste Methode, um die Ordinarienuniversität dorthin zu befördern, wohin sie seit Jahrzehnten gehört: in die Geschichtsbücher. Der Schweizer Forschungsplatz könnte gleich doppelt gewinnen. Seine Attraktivität würde für wissenschaftliche Talente innerhalb der Schweiz ebenso steigen wie für junge Forschende ausserhalb des deutschsprachigen Raums. Um diesem Ziel näherzukommen, ist viel Mut von Universitätsrektoren und grosses Engagement von Bildungspolitikern gefragt. (Tages-Anzeiger)

Erstellt: 27.04.2011, 20:07 Uhr

Alle Kommentare anzeigen